



## **Antrag**

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Blockade der Teilnahme an Integrationskursen aufheben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die nachhaltige Sicherung der Integrationskurse und der Rücknahme von Haushaltskürzungen, einer Harmonisierung von Integrations- und Berufssprachkursen, einer Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen von Lehrkräften und einer kostendeckenden Finanzierung der Kursträger einzusetzen.

### **Begründung:**

Für die Finanzierung der Integrationskurse im Rahmen des Gesamtprogramms Sprache ist grundsätzlich der Bund zuständig. Das Bundesministerium des Innern (BMI) ist dabei für die allgemeine Sprachförderung, Integrationskurse bis Niveau B1 zuständig, während die Förderung der Berufssprachkurse in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales liegt. Die Koordination der Kurse erfolgt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Aktuelle Informationen der Bundesregierung bestätigen eine faktische Blockade bei der Bearbeitung von Zulassungsanträgen für Integrationskurse, die weitreichende Folgen für Geflüchtete, Kursträger und unsere Wirtschaft hat.

Während die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Natalie Pawlik deutlich macht, dass innerhalb der Regierung Uneinigkeit über dieses Vorgehen herrscht, bleibt die Führung des BMI eine Erklärung schuldig.

Es ist besonders widersprüchlich, da die Mittel für 2026 im parlamentarischen Verfahren sogar um 110 Mio. Euro auf insgesamt 1,063 Mrd. Euro aufgestockt wurden. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier entweder bewusst die Integration verhindert werden soll oder versucht wird, Haushaltssmittel nicht abzurufen, um zukünftige Kürzungen für 2027 zu rechtfertigen.

Die Rückmeldungen von Sprachkursträgern sind alarmierend. Die Rückabwicklung durch das BMI führt zum Wegbrechen von Kursen und damit fest kalkulierter Einnahmen für Träger. Gleichzeitig werden es viele Geflüchtete (auch aus der Ukraine) ohne Sprachzertifikat wieder schwerer haben, schnell eine gute und fair bezahlte Arbeit zu finden.

Sprache ist und bleibt der Schlüssel zum Ankommen, zum Arbeiten und zum gesellschaftlichen Miteinander. Die Staatsregierung darf nicht tatenlos zusehen, wie dieses durchschaubare Manöver unserem Zusammenhalt schadet, die Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit unseres Staates beschädigt und Fortschritte zurückdreht.